nr. 2 – märz / april 2016

ecke *müllerstraße*

Seite 3: Gemeinschaftsgärten in Grünanlagen? *Seite 4: Weg mit der »Beamtenlaufbahn«!*
Seite 6/7: Wohnungen für Flüchtlinge – ein Interview *Seite 8: Runder Tisch Tourismus Mitte*

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Müllerstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer es weiß, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: ecke müllerstraße, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: eckemueller@gmx.net. Unter den Einsendern verlosen wir einen Kinogutschein für zwei Personen für das Kino Alhambra. Einsendeschluss ist Montag, der 25. April 2016. Unsere letzte Rätselecke zeigte ein Detail der Terrassenanlage des Schiller-Denkmals im Schillerpark. Wir danken allen Teilnehmern! Gewinnerin ist diesmal Annette Sidibé. Herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen zugesandt.

Begleiter für Flüchtlinge gesucht

Das Ehrenamtsbüro des Bezirksamtes Mitte sucht weitere ehrenamtliche Wohnbegleiter und Wohnbegleiterinnen für Flüchtlinge und Flüchtlingsfamilien. Wenn diese aus den Sammelunterkünften ausziehen und einen regulären Mietvertrag unterschreiben, sind sie oft auf Hilfe angewiesen. Die Wohnbegleiter sollen die neuen Mieter bei Behördengängen und Anträgen unterstützen, die im Rahmen des Einzugs zu erledigen sind, sowie bei auftretenden Missverständnissen Ansprechpartner für den Vermieter sein und mit ihrem Engagement einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten.
Das Projekt wurde von Stadtrat Stephan von Dassel vor einigen Monaten ins Leben gerufen. Wer es mit seinem Engagement unterstützen möchte, ist herzlich zum nächsten Treffen der Wohnbegleiter eingeladen – am Montag, dem 11. April um 16 Uhr im Begegnungszentrum der Volkssolidarität, Torstraße 203, U-Bahnhof Oranienburger Tor. Weitere Informationen erteilt das Ehrenamtsbüro Mitte: Telefon 901 84 33 61.

Quartiersratswahl Pankstraße

Das Quartiersmanagement Pankstraße sucht Kandidaten für die Neuwahlen des Quartiersrats und des Vergabebeirats im Juli 2016. Der Quartiersrat bestimmt die Schwerpunkte der Arbeit des Quartiersmanagements mit und entscheidet über die Vergabe der Mittel des Programms »Soziale Stadt« mit. Mitglieder des Quartiersrats sind mehrheitlich Bewohner des Kiezes, aber auch z.B. Vertreter der Schulen oder Gewerbetreibende. Der Quartiersrat trifft sich ca. einmal im Monat. Der Vergabebeirat entscheidet über die Vergabe der Mittel aus dem Aktionsfonds des Programms »Soziale Stadt«. Für Projekte und Aktivitäten der Nachbarschaft stehen hier jeweils maximal 1.500 Euro pro Projekt zur Verfügung, für 2016 insgesamt 10.000 €. Der Vergabebeirat trifft sich ca. alle zwei Monate.
Die Kandidaten sollen im Quartier Pankstraße leben oder arbeiten und mindestens 16 Jahre alt sein. Anmeldeschluss ist der 30. Juni 2016. Den Anmeldebogen findet man auf www.pankstrasse-quartier.de.

Termine

Runder Tisch Leopoldplatz
Dienstag, 19. April 2016, 19 Uhr, Volkshochschule Wedding, Antonstraße 37, Raum 302 oder 202

Händlerfrühstück des Geschäftsstraßenmanagements und der StandortGemeinschaft
Mittwoch, 5. April 7.30 Uhr, Ort wird von Geschäftsstraßenmanagement noch bekannt gegeben.

Sitzung der Stadtteilvertretung Müllerstraße mensch.müller
An jedem ersten Donnerstag im Monat jeweils um 19 Uhr im Vor-Ort-Büro Triftstraße 2

Sprechstunde der Stadtteilvertretung
montags 18–20 Uhr, Vor-Ort-Büro Triftstraße 2

ecke im Netz
Im Internet findet man alle bisher erschienenen Ausgaben der ecke müllerstraße unter www.muellerstrasse-aktiv.de/offentlichkeitsarbeit/zeitung-ecke-muellerstrasse

Die nächste Ausgabe
erscheint Anfang Mai.

Redaktionsschluss
ist Freitag, der 22. April.

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse:
»Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 44 01 06 05, eckemueller@gmx.net
Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Da könnte ja jeder kommen …

Das Straßen- und Grünflächenamt widerspricht Gemeinschaftsgärten am Centre Francais

»Gemeinschaftsgärten sind grundsätzlich positive Vorhaben, wenn diese auf privatem Grund ausgeführt werden. In öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen sind sie aber nicht genehmigungsfähig.«

Florian Fangmann staunte nicht schlecht, als er am 25. Februar diese Nachricht vom Straßen- und Grünflächenamt des Bezirks Mitte erhielt. Der Geschäftsführer des Centre Francais de Berlin hatte keine Probleme erwartet, als er den Bezirk um die Genehmigung für die Einrichtung eines kleinen Gemeinschaftsgartens am Centre Francais gebeten hatte. Der soll in diesem Jahr in zwei internationalen Workcamps mit Jugendlichen aus Berlin, Frankreich und Mazedonien aufgebaut und dann von Schulen, Kitas und Senioreneinrichtungen aus der Nachbarschaft genutzt werden: »Unser direkter Nachbar, das Seniorenheim Domizil, will ihn unbedingt. Auch die Gartenarbeitsschule Wedding des Schul-Umwelt-Zentrums hier in der Nähe unterstützt das Projekt.« Finanziert wird es unter anderem mit Mitteln für den deutsch-französischen Jugendaustausch, aber aus dem Gebietsfonds des Aktiven Zentrums Müllerstraße.
Das Straßen- und Grünflächenamt jedoch tut sich damit schwer und schreibt: »Private Eingriffe, auch wenn dadurch ein positiveres Erscheinungsbild der Anlage entsteht, sind unzulässig, weil dann jeder Bürger mit gleichem Recht einen Eingriff vornehmen kann.« Dabei ignoriert es jedoch, dass der schmale Grünstreifen zwischen dem Kulturzentrum und seinem Parkplatz auch jetzt schon vom Centre Francais gepflegt wird: »Wir mähen und wässern den Rasen und halten die Anlage sauber, selbst die Bäume haben wir schon beschneiden lassen. Und wenn der hölzerne Miniatur-Eiffelturm vorn an der Müllerstraße beschädigt wird, dann reparieren wir ihn auf unsere Kosten – und die sind durchaus nicht gering«, so Florian Fangmann. Jetzt würde er gern auf dem hinteren Teil neben dem City-Kino Wedding Hochbeete aufstellen, auf denen gemeinschaftlich gegärtnert werden kann. »Es wird keine Privatbeete geben und der Verbindungsweg zur Themsestraße bleibt frei, die Anlage bleibt selbstverständlich öffentlich zugänglich.« Der negative Bescheid des Amtes wird ihn auch nicht davon abhalten: »Ein Teil des Rasens gehört ja zum Centre Francais, da können wir uns gerne darüber streiten, ob die Grenze ein oder zwei Meter vom Weg entfernt verläuft. Und im Notfall können wir ja auch noch unseren Parkplatz dafür nutzen.« Die Workcamps finden also auf jeden Fall statt.

Eine zufriedenstellende Lösung wäre das aber nicht. Fangmann könnte sich vorstellen, dass das Centre Francais die Grünanlage komplett übernimmt und dabei das öffentliche Wegerecht zugesteht. Die Grünanlage wurde ja ganz offensichtlich im Zusammenhang mit dem ehemaligen Kulturzentrum der französischen Alliierten eingerichtet – nicht nur Lage und Wegeführung verweisen darauf, sondern auch die Boule-Plätze im vorderen Bereich mit dem Eiffelturm.
Einfacher wäre es freilich, wenn das Straßen- und Grünflächenamt das Centre mit der Pflege der Fläche beauftragen und dafür auch bezahlen würde – mit einem symbolischen Preis unterhalb der Schwelle, für die bei öffentlichen Aufträgen Ausschreibungen notwendig werden. Dabei könnte das Amt gleichzeitig die Rahmenbedingungen für den Betrieb eines Gemeinschaftsgartens definieren. Das wäre durchaus im Sinne des Berliner Grünanlagengesetzes. Denn dort werden Grünanlagen als »gärtnerisch gestaltete Anlagen« definiert, die »der Erholung der Bevölkerung dienen«. Wenn die Bevölkerung sich bei der Pflege der Grünanlage erholt, kann man das durchaus als eine reguläre Nutzung ansehen und braucht dafür keine Sondergenehmigung zu verlangen.
In anderen Bezirken jedenfalls geht das. Der »Interkulturelle Garten Rosenduft« zum Beispiel, der vom südost Europa Kultur e.V. im Park am Gleisdreieck betrieben wird – auf einer Fläche, die gleichfalls als öffentliche Grünanlage gewidmet ist – scheint das kein Problem zu sein. Michael Kraft, der Geschäftsführer des Vereins, lacht nur über die Frage, ob er eine Sondergenehmigung hat: »Wir wurden bei der Planung des Parks direkt angesprochen, man hat damals aktiv Partner gesucht, die solche Gemeinschaftsgärten betreiben.« Das Konzept sei übrigens toll aufgegangen, der interkulturelle Garten jetzt gar nicht mehr aus dem Park weg zu denken.
Noch im September 2014 stöhnte der Bezirk über die drastischen Stellenstreichungen, die er auf Weisung des Finanzsenators vornehmen musste. Überlegt wurde damals, 40 Stellen für Gartenarbeiter wegfallen zu lassen und die Pflegearbeiten in Grünanlagen fortan privaten Firmen zu überlassen. Das hätte freilich zu Mehrkosten von fast 2 Millionen Euro im Jahr geführt. Der Finanzsenator wechselte im Dezember 2014, unter Matthias Kollatz-Ahnen entspannte sich das Verhältnis zu den Bezirken. Das entbindet den Bezirk freilich nicht von der Pflicht, weiter nach Möglichkeiten zu suchen, Kosten in der Grünpflege zu senken. Gemeinschaftsgärten, nicht nur am Centre Francais, könnten das leisten – und dabei auch die Qualität der Grünanlagen deutlich erhöhen. *cs*

Ch. Eckelt

Elise-und-Otto-Hampel-Platz

Erster Bauabschnitt schon im Sommer fertig

Der Platz am Rathaus Wedding soll jetzt doch in »Elise-und-Otto-Hampel-Platz« umbenannt werden. Das Bezirksamt Mitte beschloss Anfang März, das landeseigene Berliner Immobilien Management (BIM) um einen entsprechenden Antrag zu bitten, der dann von den Ämtern geprüft wird. Die BIM ist Eigentümerin des Hochhauses mit dem Jobcenter auf dem Platz sowie der davor liegenden Grundstücksflächen und hatte vom Bezirksamt eine eindeutige Willensbekundung zur Platzumbenennung erbeten.
Das Ehepaar Elise und Otto Hampel waren einfache Arbeiter aus der Amsterdamer Straße, die mit Flugblättern gegen die Nationalsozialisten kämpften und dafür hingerichtet wurden. Ihr Schicksal bildete den realen Hintergrund für den Roman »Jeder stirbt für sich allein« von Hans Fallada. Stadtteilvertretung, Bezirksverordnetenversammlung und viele Bürger hatten sich für die Umbenennung eingesetzt. Das Stadtentwicklungsamt hatte sich jedoch zunächst gegen eine offizielle Benennung ausgesprochen, da der Platz stadträumlich keine verbindende Wirkung entfalte. Genau die soll er allerdings nach Abschluss der Umgestaltungsmaßnahmen bekommen, die derzeit beginnen. Vor der neuen Schiller-Bibliothek und neben dem Rathaus Wedding werden beleuchtete Wegeverbindungen entstehen, die den Campus der Beuth-Hochschule mit der Müllerstraße verbinden.
Der erste Bauabschnitt der Maßnahme, der Platz unmittelbar vor dem Jobcenter, soll schon im Sommer weitgehend fertig gestellt werden. Die anderen Abschnitte folgen bis Ende 2017.
Noch unklar ist, was mit dem Verbindungsgang zwischen Jobcenter und Rathaus passiert. Zwar gibt es bereits einen Beschluss des Bezirksamtes zum Abriss, nach wie vor aber wehrt sich die Denkmalschutzbehörde dagegen (siehe Kommentar). *cs*

Kommentar

Falsch verstandener Denkmalschutz

Warum die »Beamtenlaufbahn« weg kann

Sie wird nicht mehr gebraucht, und sie stört: Der Verbindungsgang zwischen dem Rathaus Wedding und dem jetzigen Jobcenter, ironisch »Beamtenlaufbahn« getauft, blockiert die Blickachse zwischen Müllerstraße und dem Campus der Beuth-Hochschule für Technik. Er zerschneidet die Limburger Straße, die in den 1960er Jahre noch erfahrbar am Rathaus Wedding in die Müllerstraße mündete – bis zwischen 1964 und 1966 der Rathausneubau samt Verbindungsbrücke gebaut wurde, die Mitarbeitern und Besuchern einen einfachen Übergang zwischen Alt- und Neubau gewährleistete.
Diese Brücke ist jetzt nicht mehr erforderlich. Ein Abriss wäre nur konsequent, auch weil der öffentliche Raum, den der Gang zerschneidet, derzeit neu geordnet und gestaltet wird. Das »Bildungsband«, das sich vom Zeppelinplatz über den Platz am Rathaus (»Elise-und-Otto-Hampel-Platz«) bis zum Leopoldplatz ziehen soll, wird hier unterbrochen. Für die Entfernung dieser Barriere plädierten nicht nur die Landschaftsarchitekten, die die Planungen für das neue Rathausumfeld entwickelten, sondern auch die meisten Bürger, die an den Workshops und Informationsveranstaltungen teilnahmen.
Der Denkmalschutz jedoch sieht das anders. Für ihn gehört die »Beamtenlaufbahn« zum schützenswerten Ensemble aus Rathausneubau und altem Weddinger BVV-Saal, das von Fritz Bornemann entworfen wurde. Bornemann war der vielleicht wichtigste Architekt der Westberliner Nachkriegsmoderne. Er entwarf die Amerika-Gedenkbibliothek, die Deutsche Oper, die Freie Volksbühne, die Museen in Dahlem – und auch die Dankeskirche am Weddingplatz, die man unbedingt besichtigen sollte. Der Architekt starb im Jahr 2007 im Alter von 95 Jahren.
Man kann ihn also nicht mehr befragen. Es ist aber nur schwer vorstellbar, dass Bornemann einem Abriss in dieser konkreten Situation widersprechen würde. Der Leitspruch der Moderne »Form follows function« galt nämlich auch für ihn. Ornamente mochte er nicht – und zum bloßen Ornament ist die »Beamtenlaufbahn« ohne konkrete Funktion degradiert, auch wenn man sie mit Lichtinstallationen aufhübschen würde, wie einige vorschlagen. Dagegen lag Bornemann sehr viel am freien Blick. Die Deutsche Oper zum Beispiel ist berühmt dafür, dass man auch auf den billigsten Plätzen eine gute Sicht auf die Bühne und eine gute Akustik hat. Begriffe wie »demokratische Architektur«, »freiflutende Räume«, »durchsichtige Architekturen« und »dienende Architektur« werden mit Bornemann in Verbindung gebracht.
Es ist wichtig und richtig, die unterschiedlichen historischen Epochen im Stadtbild sichtbar zu halten und schützenswerte Bauten und Ensembles zu bewahren – gerade die Nachkriegsmoderne war in den letzten 20 Jahren vielen aggressiven Attacken ausgesetzt und musste verteidigt werden. Aber es wäre ein Fehler, Denkmalschutz nur um des Prinzips willen gegen alle Abwägungen, Argumente und neue Situationen durchzuexerzieren. Denn dann läuft die Denkmalpflege Gefahr, nur noch als Hindernis wahrgenommen zu werden und an Überzeugungskraft zu verlieren.

Christof Schaffelder

Woher neues Bauland nehmen?

Bodenpreise binnen zweier Jahre verdoppelt

Im vergangenen Jahr sind die Grundstückswerte in Berlin wieder extrem gestiegen – in den Wohngebieten der Innenstadt um rund 50%. Auch im Jahr zuvor war der Anstieg schon erheblich: In den letzten beiden Jahren zusammen haben sich die Bodenpreise der Innenstadt rundweg verdoppelt. Das ist eine alarmierende Entwicklung, denn unter anderem wird Wohnungsneubau dadurch eher verhindert. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt will jetzt handeln und mehr Bauland ausweisen. Doch wo?
Ende Februar jeden Jahres veröffentlicht der »Gutachterausschuss für Grundstückswerte in Berlin« eine aktuelle Karte mit den Bodenrichtwerten der Stadt. Darin sind die aktuellen Werte der Grundstücke (ohne die der darauf befindlichen Gebäude) eingetragen, die auf der Grundlage der Verkäufe des Vorjahres ermittelt wurden.
In den Wohngebieten um die Müllerstraße zum Beispiel stiegen die Werte von 370 Euro/qm am 1. Januar 2014 auf 750 Euro/qm am 1. Januar 2016, in Moabit nördlich der Turmstraße von 510 auf 1000 Euro/qm, in der Nördlichen Luisenstadt von 1000 auf 2000 Euro/qm. Im dortigen Sanierungsgebiet, das als Mischgebiet mit einem »ausgewogenen Verhältnis zwischen Dienstleistungs- und Wohnnutzung« charakterisiert ist, kletterte der Bodenrichtwert in den zwei Jahren von 700 auf 1600 Euro/qm und hat sich damit sogar mehr als verdoppelt.
Dort gibt es mehrere größere, noch unbebaute Grundstücke, für die alle auch schon Bauvorbescheide oder gar Baugenehmigungen erteilt wurden – im Sanierungsgebiet wird darüber regelmäßig der Betroffenenvertretung berichtet. Tatsächlich gebaut wurde aber kaum. Fragt man nach den Ursachen, so zucken die Experten mit den Achseln: Wenn unbebaute Grundstücke so rapide im Wert steigen wie jetzt, dann warten etliche Eigentümer lieber ab. Warum das Risiko einer Investition auf sich nehmen, wenn der nächste »Investor« schon bereit steht und einem den ursprünglichen Einsatz verdoppelt oder verdreifacht?
»Wohnen muss bezahlbar bleiben, deshalb müssen wir die Bodenspekulation verhindern,« sagt der für Wohnen zuständige Staatssekretär Engelbert Lütke Daldrup: »Berlin muss schnell mehr Bauland ausweisen.« Eine »Planungs-Task-Force« mit 50 zusätzlichen Stellen, 20 davon in den Bezirken, werde aufgebaut, damit mehr Bebauungspläne in kürzerer Zeit bearbeitet werden könnten. Ob das ausreicht, sei dahingestellt. Denn die große Frage ist: Auf welchen Flächen soll dieses neue Bauland denn so massenweise entstehen? Wo hat die Stadt noch wesentliche Reserven, die für diesen Zweck eingesetzt werden könnten?
Deutlich schwächer stiegen dagegen die Bodenwerte in Gewerbegebieten. So hat sich zum Beispiel der Grundstückswert des Geländes von Bayer HealthCare (ehemals Schering) im Wedding in den beiden Jahren nur von 400 auf 500 Euro/qm erhöht, der des Gasturbinenwerkes von Siemens und der des Großmarkts in Moabit von 90 auf 110 Euro/qm. Natürlich kann man nicht einfach diese Gebiete zu Bauland für Wohnungen umwandeln, aber man könnte durchaus die Gewerbegebiete der Stadt nach geeigneten Flächen durchsuchen. Beispielsweise werden bald viele Betriebe das Umfeld des Flughafens Tegel verlassen, die jetzt noch für den Flughafen arbeiten.
Eine solche Strategie wird jedoch auf Widerstand in der Senatsverwaltung für Wirtschaft und der Berliner Industrie- und Handelskammer stoßen. Die Lobby derer, die von einer neuerlichen Industrialisierung Berlins träumen, ist stark und Flächen, die für Gewerbeansiedlungen zur Verfügung stehen, werden von ihr eisern verteidigt. Zusätzliche Jobs entstanden dort in den vergangenen Jahren aber nicht gerade. Auch Büroflächen sind trotz Jobwachstums nicht knapp geworden und werden oft sogar in Wohnungen umgewandelt. Immer mehr Menschen arbeiten im »home office« in der eigenen Wohnung: Auch darauf sollte sich die Stadt einstellen und ihre Flächennutzungsplanung entsprechend korrigieren. *cs*

Die Karte mit den Berliner Bodenrichtwerten der vergangenen Jahre findet man im Internet unter http://fbinter.stadt-berlin.de/boris

Bildecke

Ch. Eckelt

»Ohne die Aufnahmebereitschaft der Berliner wird es nicht gehen«

Ephraim Gothe über Flüchtlingsunterkünfte in Berlin

Ephraim Gothe war bis 2011 Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung in Mitte und danach bis 2014 Berliner Staatssekretär für Wohnen. Inzwischen ist er im »Landesweiten Koordinierungsstab Flüchtlingsmanagement« für die künftige Unterbringung der Flüchtlinge zuständig.

Herr Gothe, es heißt, im vergangenen Jahr seien ca. 80.000 Flüchtlinge in Berlin angekommen. Berlin ist aber nur dazu verpflichtet, etwa 5 % der Flüchtlinge unterzubringen, die insgesamt nach Deutschland kommen. Bei insgesamt 1,1 Millionen wären das nur 55.000. Wie erklärt sich der Unterschied?

Addiert man die einzelnen Tagesankünfte, so kommt man tatsächlich auf eine Summe von rund 80.000. In den verschiedenen Einrichtungen wurden jedoch nur etwa 52.000 untergebracht. Denn viele, die zum Beispiel in Sonderzügen aus Bayern hergeschickt wurden, zogen anschließend sofort weiter – zu Verwandten in anderen deutschen Städten zum Beispiel oder in Nachbarländer wie Schweden oder Holland.

Mit wie vielen Flüchtlingen rechnen Sie in diesem Jahr? Der Bund will ja dafür sorgen, dass sich die Zahl deutlich reduziert …

Keiner kann das seriös abschätzen. Der Senat geht aber für Berlin von weiteren 50.000 in diesem und nochmals so vielen im nächsten Jahr aus. Das ist jedenfalls die Zahl, auf die wir uns einrichten. Denn es werden außer neuen Flüchtlingen auch noch nachziehende Familienangehörige jener, die bereits hier sind, dazu kommen. Und mit einer Aufenthaltserlaubnis wird vielen Flüchtlingen ja auch die Freizügigkeit innerhalb Deutschlands gewährt. Etliche werden dann in die Ballungsräume, also auch nach Berlin ziehen.

Und wo sollen sie untergebracht werden?

Um es gleich zu sagen: Ohne die Bereitschaft der Berlinerinnen und Berliner, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen, wird es nicht gehen. Wir haben das Evangelische Jugend- und Fürsorgewerk EJF damit beauftragt, Flüchtlinge aus Gemeinschaftsunterkünften in Wohnungen zu vermitteln. Mehr als 2000mal ist das im vergangenen Jahr auch schon gelungen. In diesem Jahr sollte die Zahl fünfstellig werden. Es haben sich auch schon rund ein Dutzend Initiativen in diesem Bereich gebildet, wie zum Beispiel »Flüchtlinge Willkommen«, die Zimmer in Wohngemeinschaften vermittelt. Auch die Bezirke bauen jetzt solche Vermittlungsplattformen auf, in Mitte ist Stadtrat Stephan von Dassel da sehr aktiv. Viele Berlinerinnen und Berliner wohnen in großen Wohnungen und hätten durchaus die Möglichkeit, noch jemanden aufzunehmen. Die Kosten werden dann bis zu den am Mietspiegel ausgerichteten Obergrenzen der »Ausführungsvorschrift Wohnen« übernommen, die auch für Hartz-IV-Empfänger gelten. Dabei können sie sogar bis zu 10 % darüber liegen, weil die Flüchtlinge akut von Obdachlosigkeit bedroht sind. Über all dies berät auch das EJF in seiner Beratungsstelle am LaGeSo.

Ch. Eckelt

Aber Berlin will ja auch bauen. Kurzfristig zum Beispiel neue Containerdörfer – dabei hieß es noch vor einigen Monaten, der Markt für solche Container sei in Deutschland absolut leergefegt.

Das hat der Weltmarkt inzwischen reguliert: Bei uns gehen genügend Angebote aus allen Teilen der Erde ein, zuletzt zum Beispiel über 500 Wohncontainer, die ursprünglich für die Erdölexploration in Sibirien gefertigt wurden, wegen des Ölpreisverfalls jetzt aber nicht eingesetzt werden. Wir wollen in diesem Jahr rund 12.000 bis 15.000 Plätze in solchen Wohncontainern einrichten und verhandeln mit den Bezirken über die Standorte. Dazu kommen dann noch weitere ungenutzte Bürogebäude wie etwa das Rathaus Friedenau.
Am ehemaligen Flughafen Tempelhof werden rund 4.000 zusätzliche Plätze in Hallen eingerichtet. Hier entsteht dann der zentrale Ort des Ankommens, an dem auch die Behörden vertreten sein werden: das LaGeSo, die Ausländerbehörde und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, aber auch das Jobcenter. Wir müssen so schnell wie möglich von den Sporthallen wegkommen. Das ist die schlechteste aller Varianten – für die Berliner, für die Flüchtlinge selbst, aber auch für die Finanzen der Stadt: Nichts ist so teuer wie die Notunterbringung in Sporthallen, weil man hier besonders viel Personal benötigt.

Was ist mit den »MUFs«, den »Modularen Unterkünften für Flüchtlinge« von denen so oft die Rede ist?

Wir rechnen damit, dass bis Jahresende die ersten 3.000 bis 4.000 Plätze fertig sind, der größte Teil wird aber erst 2017 folgen. Diese industriell vorgefertigten Systeme lassen sich deutlich schneller bauen als konventioneller Wohnraum, darin liegt der große Vorteil. Die Kosten dagegen sind meist nicht niedriger – obwohl es bei Holzkonstruktionen mit bis zu drei Geschossen sehr interessante Angebote gibt.
Diese »MUFs« dienen dann als Gemeinschaftsunterkünfte für Familien oder Wohngemeinschaften von Flüchtlingen. In der Standardversion der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung haben sie Gemeinschaftsküchen. Der Großteil dieser modularen Bauten wird allerdings von den sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und der ebenfalls landeseigenen Immobiliengesellschaft Berlinovo errichtet, wobei diese sich nicht an die Standardversion halten müssen. Da die Gebäude ja dauerhaft stehen bleiben sollen, werden sie so geplant, dass sie ohne großen Aufwand auch für andere Zwecke genutzt werden können, etwa als Studentenwohnheime oder auch als normale Wohnungen. Es wird sehr flexible Varianten geben, wir sind da sehr gespannt.

Besteht nicht die Gefahr, dass sich damit soziale Brennpunkte bilden?

Wir bemühen uns sehr darum, die Standorte möglichst über die ganze Stadt zu verteilen, und nutzen dazu landeseigene Grundstücke oder solche landeseigener Unternehmen. Auch der evangelische Friedhofsverband stellt Standorte auf Wirtschaftsflächen, die nicht mehr benötigt werden, zur Verfügung. Die einzelnen Standorte sollen jeweils rund 500 Bewohner aufnehmen können und sind etwa so groß wie ein bis zwei Fußballfelder. Es ist aber auch klar, dass es schwieriger ist, in der dicht bebauten Innenstadt solche Grundstücke zu finden.

Werden auch im Bezirk Mitte solche modularen Unterkünfte entstehen?

Klar ist noch nichts. Bisher ist nur ein einziger Standort im Gespräch: auf dem Gelände der Wiesenburg in der Weddinger Wiesenstraße. Dabei will die DEGEWO zusammen mit dem Verein Wiesenburg e.V. an die historische Nutzung als Obdachlosenasyl anknüpfen. Es gibt auch schon spannende Vorschläge, bei denen etwa auch Werkstätten in die Unterkünfte integriert werden.
In Mitte könnten aber auch zwei andere Standorte für Container zumindest temporär genutzt werden: zum einen der Parkplatz am Haus der Statistik in der Nähe des Alexanderplatzes (Otto-Braun-Straße) und zum anderen ein Gelände unweit des Flughafens Tegel: beim Zentralen Festplatz, der wie viele gar nicht wissen, ja auch zum Bezirk Mitte gehört.

Sie waren in letzter Zeit viel auf Reisen und haben sich angeschaut, wie andere Städte in Deutschland mit dem Problem umgehen. Was können wir in Berlin noch lernen?

Große Städte wie München, Hamburg, Köln oder Frankfurt wissen ja schon viel länger als Berlin, dass sie eine Wachstumsperspektive haben. Dort geht man dementsprechend auch mit Liegenschaften ganz anders um. Zwar hat sich auch in Berlin die Liegenschaftspolitik in den letzten Jahren grundsätzlich verändert – man verkauft nicht mehr einfach kommunale Grundstücke an den Meistbietenden, sondern achtet darauf, was mit den Grundstücken später passiert. In vielen anderen Städten betreibt die Kommune aber darüber hinaus eine aktive Liegenschaftspolitik: Sie kauft also strategisch auch Grundstücke auf, die in Zukunft gebraucht werden können. Dazu müssten wir in Berlin auch kommen.

Interview: Christof Schaffelder

»Wir müssen so schnell wie möglich von den Sporthallen wegkommen. Das ist die schlechteste aller Varianten – für die Berliner, für die Flüchtlinge selbst, aber auch für die Finanzen der Stadt.«

Ch. Eckelt

Stadtforum am 4. April

Das nächste Berliner Stadtforum steht unter dem Motto: »Berlins neue Gründerzeit: Alle wollen wohnen.« Die Wohnungspolitik ist derzeit eines der dringlichsten Themen der Stadt.
Der Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Andreas Geisel, lädt ein, über das Thema gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft sowie der Berliner Stadtgesellschaft zu debattieren.
Wie kann das Leben und Wohnen im wachsenden Berlin gestaltet werden? Was bedeutet die neue, dritte Gründerzeit für Berlin? Was bedeuten das städtische Wachstum und das schnelle Bauen für die Quartiere und das Zusammenleben? Welche Architektur, welcher Städtebau, welche sozialräumlichen Konzepte sind erforderlich, um lebenswerte und nachhaltige Quartiere zu schaffen, die zu einer gelingenden Integration der Neu-Berlinerinnen und Neu-Berliner beitragen? Wie und wo werden Transformation und neue Quartiere organisiert?
Über die Frage »Alle wollen wohnen: Wie kann Berlin das schnell und gut schaffen?« kann außerdem online schon jetzt diskutiert werden: seit Ende Februar 2016 ist die aktualisierte Seite www.berlin.de/stadtforum als Forum freigeschaltet, bereits jetzt finden sich dort viele Beiträge. Dort ist auch das Programm des Abends einsehbar.

Stadtforum Berlin, 4. April, 18.00–20.30 Uhr, Ort: Tempodrom, Möckernstraße 10, 10962 Berlin
Die Teilnahme ist kostenfrei, eine Anmeldung nicht erforderlich.
www.berlin.de/stadtforum

Die zwei Seiten des Tourismus

»Runder Tisch Tourismus« und der Erfahrungsaustausch »Stadtverträglicher Tourismus« diskutieren Handlungsoptionen

Im vergangenen Jahr wurden in Berlin erstmals mehr als 30 Millionen touristische Übernachtungen gezählt – mehr als dreimal soviel wie 1999. Touristen bringen viel Geld in die Stadt: visitBerlin, die offizielle Tourismusorganisation der Stadt, schätzt den Umsatz der Branche auf über 10 Milliarden Euro im Jahr, vor allem im Gastronomiegewerbe, im Einzelhandel und bei den Dienstleistungen. Ein Großteil davon wird im Bezirk Mitte erwirtschaftet.

Dort wird das allerdings nicht von allen als Segen empfunden. Rund 30 % der Bewohner des Altbezirks Mitte fühlen sich vom Tourismus eher gestört, so ergab eine Umfrage im vergangenen Jahr im Auftrag von visitBerlin. In ganz Berlin antworteten nur 15 % so – unter anderem, weil sie die illegale Vermietung von Wohnungen als Ferienwohnungen als bedrohlich empfinden. In Alt-Mitte jedoch spüren viele die Auswirkungen ganz konkret: Wenn manche Straßen ständig von Reisebussen verstopft sind, wenn sich Menschenmengen auf Bürgersteigen stauen oder sich der Einzelhandel im Gebiet nur noch an den Bedürfnissen der Touristen orientiert, nicht mehr an denen der Anwohner. Andererseits empfinden viele ein belebtes Wohnumfeld auch ausdrücklich als positiv. Problematisch wird es jedoch vor allem, wenn diese Belebung in der Nacht stattfindet und sich das Umfeld zur Partyzone entwickelt.

Zum zweiten Mal traf sich am 29. Februar der »Runde Tisch Tourismus« im Rathaus Mitte, einberufen von der Wirtschaftsförderung des Bezirks. Die Teilnehmer bestanden zum Großteil aus Profis: Gewerbetreibende aus der Branche, Polizisten, etliche Mitarbeiter der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bezirksverordnete sowie der auch für Wirtschaft zuständige Bezirksstadtrat Carsten Spallek. Konkret betroffene Anwohner waren jedoch eindeutig die Minderheit. Das ausgegebene Ziel, »einen Beitrag zur weiteren Unterstützung der touristischen Entwicklung des Bezirks sowie zur Erhöhung der Akzeptanzhaltung der Bevölkerung in Hinblick auf negative Auswirkungen des Tourismus« zu leisten, schien die Bevölkerung nicht besonders anzusprechen.

Die organisiert sich unterdessen andernorts: Wenige Tage zuvor hatten sich mehrere Initiativen, vornehmlich aus Friedrichshain-Kreuzberg, im Roten Rathaus zum berlinweiten Erfahrungsaustausch »Stadtverträglicher Tourismus« getroffen und einen umfangreichen Maßnahmenkatalog verabschiedet: Darin enthalten sind Vorschläge für striktere Regelungen der Baunutzungsverordnung und der Lärmschutzverordnung, Forderungen wie die Einführung einer »Pipi-Steuer« für Getränkeverkäufer zur Finanzierung öffentlicher Toiletten und eines Pfandsystems für Wegwerfverpackungen oder die Etablierung von »Tourismusbeauftragten« auf Landes- und Bezirksebene.

So konkrete Vorschläge lieferte der »Runde Tisch Tourismus« noch nicht. Immerhin konnte man erfahren, dass es Überlegungen gibt, eine Art »Regionalmanagement« rund um den Alex anzustoßen. Ein solches existiert bereits in der City West: Dort kümmert sich ein von der Senatsverwaltung Wirtschaft, Forschung und Technologie finanzierter Regionalmanager um die Standortpflege, allerdings in Zusammenarbeit mit dem »Aktiven Zentrum City West«, das auch Zugriff auf Städtebaufördermittel gewährleistet. Die stünden einem »Regionalmanagement Mitte« nicht zur Verfügung, so dass noch ziemlich unklar blieb, mit welchen Mitteln sich das Management um was genau kümmern soll. Nach dem vorliegenden Organigramm lägen die Schwerpunkte in den Bereichen Kultur, soziales Platzmanagement und Wirtschaft (»City-Management«). Noch nicht klar sind zudem die lokalen Gebietsgrenzen: »Wir gehen bisher von der Bezirksregion Alexanderplatz aus«, erklärte Beate Brüning von der Wirtschaftsförderung Mitte, »werden das aber noch einmal überprüfen.« Die Bezirksregion erstreckt sich von der Charité über die Spandauer Vorstadt bis zur Karl-Marx-Allee und die Nördliche Luisenstadt, spart aber die Friedrichstadt aus (Bezirksregion »Regierungsviertel«) und damit auch wichtige touristischen Hotspots.

Einen starken Praxisbezug erreichte der Runde Tisch jedoch über die Beiträge des Präventionsbeauftragten des lokalen Polizeiabschnitts und der anwesenden Mitarbeiterin des Landeskriminalamtes. Denn natürlich sind die Touristengebiete auch Operationsfelder organisierter Kriminalität. Derzeit sind etwa am Alex verstärkt falsche Spendensammler unterwegs. Das Perfide dabei: Die Trickbetrüger stecken sich nicht nur die Bargeld-Spenden in die eigene Tasche, sondern arbeiten mit Taschendieben zusammen, die genau darauf achten, wo die Geldbörse verstaut wird, um sie anschließend zu stehlen.

An diesem Punkt zumindest blitzte eine Idee davon auf, wie sich ein funktionierendes lokales Netzwerk aus Gastronomen, Einzelhändlern und Dienstleistern positiv auswirken könnte – wenn die ihre Kunden entsprechend informierten und an gezielten mehrsprachigen Aufklärungskampagnen teilnähmen. Ob Ähnliches auch zur »Erhöhung der Akzeptanzhaltung der Bevölkerung« denkbar wäre? Dazu müsste man aber auch anerkennen, dass es auch negative Auswirkungen des Tourismus gibt und dass langfristig alle davon profitieren würden, wenn es gelänge, diese in gewissen Grenzen zu halten. *cs*

Ch. Eckelt

Die Maßnahmenvorschläge zum stadtverträglichen Tourismus findet man unter anderem auf der Website www.lokal-leben.org (Aktuelles, 2. Berlinweiter Erfahrungsaustausch).

Ch. Eckelt

Was steckt im Max-Josef-Metzger-Platz?

Vermutlich auch Kampfmittel aus dem Zweiten Weltkrieg

Der Max-Josef-Metzger-Platz wird derzeit von Fachfirmen auf noch vorhandene Kampfmittel aus dem Zweiten Weltkrieg untersucht. Und es scheint gut möglich, dass dort auch etwas gefunden wird. Denn im Zweiten Weltkrieg befand sich auf dem »Courbièreplatz«, wie er bis 1994 hieß, ein Feuerlöschteich. Gegen Ende des Krieges wurden hier sogenannte Splittergräben gegraben, zick-zack-förmige Schützengräben, die auch gegen Splitterbomben schützen sollten.

In Berlin kamen bei den heftigen Bodenkämpfen kurz vor Kriegsende große Mengen an Waffen und Munition aller Art und Kaliber zum Einsatz, die oft noch während der Kampfhandlungen in den Löschteichen entsorgt wurden. Und auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden Kampfmittel oft einfach in alten Schützengräben oder Bombentrichtern vergraben. Auch nach Jahrzehnten der Lagerung dieser Kriegsaltlasten im Boden ist die Gefahr, die von ihnen ausgeht, noch nicht gebannt.

Oft werden bei Bauarbeiten noch Kampfmittel gefunden und dann von Spezialisten der Polizei entsorgt und entschärft. Berlin ist zudem die europäische Stadt, die die meisten Luftangriffe und große Mengen an Abwurfmunition während des Zweiten Weltkrieges über sich ergehen lassen musste. Zuletzt wurde im Oktober in Kreuzberg eine 250 Kilo-Bombe gefunden, 11.000 Anwohner mussten während der Entschärfung ihre Wohnungen verlassen.

Generell sind die Grundstückseigentümer bzw. die jeweiligen Verfügungsberechtigten für die Erforschung und die Beseitigung von Gefahren durch Kampfmittel selbst verantwortlich. Das gilt natürlich vor allem, wenn auf den Grundstücken Erdarbeiten anstehen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt bietet ihnen für die Erforschung eine »ordnungsbehördliche Stellungnahme« zu den in der Senatsverwaltung vorhandenen Informationen an: im Wesentlichen Luftbilder aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges, die auf das Vorhandensein von spezifischen Merkmalen und Anhaltspunkten hin geprüft werden. Die Senatsverwaltung erteilt keine Bescheinigungen über die Kampfmittelfreiheit von Grundstücken.

Tempo 30 wegen Diesel?

Bürgerinitiative siegt vor Verwaltungsgericht

An vielen Hauptverkehrsstraßen Berlins müsste eigentlich ganztägig eine Tempo-30-Begrenzung eingeführt werden. Das zumindest wäre die Konsequenz eines Verwaltungsgerichtsurteils vom 4. Januar 2016, das einem Anwohner der Berliner Allee in Weißensee Recht gab.

Dort befindet sich ein Standort des Berliner Luftgüte-Messnetzes. An 28 von insgesamt 29 Messstationen an Berliner Hauptverkehrsstraßen war im Jahresmittel 2014 eine Überschreitung des zulässigen Grenzwertes für Stickstoffdioxid registriert worden. Der beträgt 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft, an der Berliner Allee wurden im Mittel 50 Mikrogramm gemessen.

Der vom Senat beschlossene Berliner Luftreinhalteplan sieht in solchen Fällen diverse Maßnahmen vor, u.a. die Reduzierung der Geschwindigkeit. Das Verwaltungsgericht gab der Klage des in einer Bürgerinitiative engagierten Anwohners auf eine ganztägige Tempo 30-Anordnung statt und ließ auch keine Berufung zu. Gegen diese Nichtzulassung der Berufung klagt jetzt der Senat vor dem Oberverwaltungsgericht.

Stickstoffdioxid ist hochgiftig und entsteht vor allem durch Dieselmotoren. Zwar sollte die Belastung durch die Einführung strengerer Normen für die Automobilindustrie zurückgehen. Doch wie inzwischen allgemein bekannt ist, wurde von der Industrie die tatsächliche Reduzierung in der Praxis trickreich umgangen. Die größte Belastung in Berlin wurde an der Messstation Leipziger Straße mit 69 Mikrogramm Stickstoffdioxid gemessen, in der Beusselstraße wurden 49 Mikrogramm, in Alt-Moabit 56 Mikrogramm und in der Badstraße 51 Mikrogramm Stickstoffdioxid erfasst.

Die Klage wurde vom Bund Umwelt und Naturschutz (BUND) Berlin unterstützt. Der fordert vom Senat, auch an anderen Standorten mit Grenzwertüberschreitung Tempo 30 anzuordnen: »Falls nicht, stehen die nächsten Anwohner, die klagen möchten, schon bereit.« *cs*

Ch. Eckelt

Entscheidung am Monatsende: Café Leo

Voraussichtlich Ende März wird sich entscheiden, wer künftig mit welchem Konzept das jetzige »Café Leo« betreiben wird. Der alkoholfreie Imbiss auf dem vorderen Leopoldplatz soll dann für weitere vier Jahre eine Ausnahmegenehmigung zur Nutzung eines Teils der dortigen Grünanlage erhalten. Dem ging eine breite öffentliche Auseinandersetzung voraus: mit diversen Resolutionen von Stadtteilvertretung und Rundem Tisch Leopoldplatz, Beschlüssen der Bezirksverordnetenversammlung Mitte und zuletzt auch direkten Aussprachen am Runden Tisch mit Bezirksbürgermeister Christian Hanke im Januar und dem zuständigen Bezirksstadtrat Carsten Spallek im Februar. Spallek sicherte sowohl dem Runden Tisch als auch der Stadtteilvertretung zu, jeweils einen Vertreter in die Auswahlkommission zu entsenden, die unter den in einem Interessenbekundungsverfahren eingereichten Konzepten das Beste auswählt.
Der Imbiss steht seit 2011 dort, wo sich vor der Umgestaltung des Leopoldplatzes zum großen Missfallen vieler Anwohner und Gewerbetreibender die lokale Trinkerszene versammelt hatte. Dabei sollte er zunächst nur als Provisorium dienen: In den ersten Konzepten zur Neugestaltung des Platzes war dort noch ein fester Pavillon geplant. Doch das wurde später verworfen – unter anderem, weil dadurch die Sichtachse der Promenade entlang der Nazarethkirchstraße zerstört worden wäre.

Jetzt stellt sich freilich die Frage, ob es nicht sinnvoller wäre, den Platzteil zur Verkehrsfläche (öffentliches Straßenland) umzuwidmen. Dann könnten nämlich Sondergenehmigungen künftig problemlos erteilt werden, ohne dass sich gleich der ganze Bezirk damit auseinandersetzen müsste. *cs*

Spielhallen bleiben länger

Abgeordnetenhaus berät noch »Mindestabstandsumsetzungsgesetz«

Eigentlich sollten zum 1. August diesen Jahres viele Spielcasinos aus dem Straßenbild verschwinden. In Wirklichkeit wird es aber länger dauern, denn erst muss noch ein Gesetz verabschiedet werden. Am 31. Juli 2016 endet die Übergangsfrist, nach der alte Spielhallen mit Geldspielgeräten auch ohne Konzession nach dem Berliner Spielhallengesetz betrieben werden können. Die neue Konzession darf aber nur erteilt werden, wenn die nächste Spielhalle mindestens 500 Meter weit entfernt ist. Von den jetzigen ca 500 Spielhallen in Berlin dürften Schätzungen zufolge dann nur noch ca 150 weiter betrieben werden.
Irgendwie muss nun entschieden werden, welche Spielhalle bleiben darf und welche geschlossen werden muss. Dazu gibt es jetzt einen Entwurf der Regierungsparteien SPD und CDU für das »Mindestabstandsumsetzungsgesetz (MindAbstUmsG)«, das am 18. Februar erstmals im Abgeordnetenhaus beraten und in den Ausschuss für Wirtschaft, Forschung und Technologie verwiesen wurde. Sollte das Gesetz rechtskräftig werden, sollen die Spielhallenbetreiber demnach drei Monate Zeit haben, einen Antrag auf eine neue Betriebserlaubnis einzureichen. Diesen Unternehmen wird die alte Konzession automatisch verlängert, und zwar bis zu sechs Monate nach der Bekanntgabe der Entscheidung im Sonderverfahren. Man darf davon ausgehen, dass das noch mindestens bis zum Ende des Jahres dauern wird, vermutlich aber noch länger.
Beim Sonderverfahren soll unter allen beantragten Standorten, die die Bedingungen erfüllen (etwa ein Mindestabstand zur nächsten Oberschule von 200 Metern) und deren Betreiber alle notwendigen Unterlagen rechtzeitig und vollständig eingereicht haben, zunächst einmal ausgerechnet werden, wie viele Standorte maximal genehmigt werden können. Gibt es mehrere Varianten, wie diese Kapazität erreicht werden kann, soll das Los entscheiden. Mathematisch sind solche Optimierungsprobleme anspruchsvoll, aber endlich, mit Hilfe von Rechnern also lösbar. Pikant ist dabei, dass Lizenzen für legales Glücksspiel letztlich verlost werden und irgendjemand dabei die Glücksfee spielen muss.
Etliche Casinos im Wedding beherbergen bisher mehrere Spielhallen, die durch Raumteiler getrennt direkt nebeneinander z.B. in ehemaligen Supermärkten untergekommen sind. In diesen »Mehrfachkomplexen« darf sich aber nur eine Halle mit maximal acht Geldspielgeräten um die Genehmigung bewerben, selbst wenn die Spielhallen offiziell von verschiedenen Betreibern geführt werden.
Andere Neuerungen des Gesetzes betreffen etwa den Bußgeldrahmen, der von jetzt maximal 50.000 Euro auf dann 500.000 Euro verzehnfacht werden soll. Denn bislang zahlen Spielhallenbesitzer die verhängten Ordnungsgelder oftmals aus der Portokasse. Auch sollen Spielsüchtige besser geschützt werden. Dafür soll ein landesweites Sperrsystem aufgebaut werden, in das sich die Spieler selbst eintragen lassen können oder in das sie von Dritten wie z.B. Familienangehörigen eingetragen werden. Dann sind die Spieler vom Besuch jeder Spielhalle in Berlin ausgeschlossen. *cs*

Spannende Menschen treffen

Einmal im Monat: Erzählcafé Wedding

Eigentlich braucht es keine große Öffentlichkeitsarbeit. Das »Erzählcafé Wedding« findet jetzt schon viele Jahre Monat für Monat im Bürgersaal der Berliner Baugenossenschaft (bbg) in der Malplaquetstraße 14/15 statt und hat sein Stammpublikum längst gefunden. Dort stellt die Schriftstellerin Regine Scheer nämlich immer interessante Menschen vor, die man befragen kann und die aus ihrem Leben erzählen oder aus ihren Texten lesen.
Am Samstag, dem 19. März um 15 Uhr kommt zum Beispiel Christian Herwartz. Er war LKW-Fahrer, Möbelpacker, Fabrikarbeiter. Und er kennt das Leben auf der Straße. Christian Herwartz wurde nach seinem Theologiestudium Jesuit, wie Papst Franziskus. Lange arbeitete er als Arbeiterpriester in Frankreich und Deutschland. Was er hat, teilt er mit anderen. Sein Bett steht in Berlin-Kreuzberg neben fünf anderen in einer von ihm mitbegründeten Jesuiten-Gemeinschaft. Einen eigenen Raum beansprucht er nicht für sich. Wer an die Tür klopft, wird aufgenommen, egal ob Christ, Jude, Moslem oder Atheist. Oft bitten Entwurzelte, Kranke, Drogenabhängige um Aufnahme. Manchmal sind es Flüchtlinge. Manche bleiben eine Nacht, andere Jahre.
Seit 1984 hat Christian Herwartz hier mit Menschen aus 70 Nationen zusammengelebt. Manchmal kommen auch jüngere Ordensleute zu ihnen. Sie nehmen an gemeinsamen Exerzitien auf der Straße teil, beten gemeinsam, reden miteinander. Sie gehen zu Obdachlosen, in Abschiebegefängnisse, auch in Moscheen und türkische Cafés, veranstalten Info-Abende und leben so ihre Überzeugungen. Nach über vierzig Jahren wird Christian Herwartz die Leitung der WG in jüngere Hände geben und weiterziehen, sich vom Leben tragen lassen. Er wird erzählen, wie er der wurde, der er ist und wie er seinen Glauben und wie er Gerechtigkeit versteht.
Einen Monat später, am 23. April, wird sich Hilde Schramm vorstellen. Die ehemalige Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses ist vielen bekannt, als AL-Politikerin, engagierte Aktivistin der Friedensbewegung und anderer sozialer Bewegungen, als Preisträgerin des Moses-Mendelssohn-Preises und Gründerin der Stiftung »Zurückgeben«, die jüdische Künstlerinnen und Wissenschaftlerinnen in Deutschland unterstützt. Oder als Tochter von Albert Speer, des »Architekten Hitlers« und späteren Rüstungsministers.
Hilde Schramm hat es sich nie leicht gemacht und lebt ihr Leben in Übereinstimmung mit ihren Überzeugungen. 2012 veröffentlichte sie ein Buch über ihre jüdische Lehrerin Dora Lux, die sie von 1953 bis 1955 in Heidelberg zum Abitur begleitete. Im Jahr 2015 nahm sie zwei syrische Flüchtlinge in ihr Haus auf. *cs*

Fußballfilmfestival im City Kino
Das City Kino Wedding ist eines von drei Filmtheatern im Berlin, die zwischen dem 18. und dem 21. März das dreizehnte »Internationale Fußballfilmfestival 11mm« ausrichten. Dabei steht das Kino im Centre Francais ganz im Bann der kommenden Fußball-Europameisterschaft: hier werden die Highlights des französischen Fußballfilms gezeigt, in denen es meist auch um Themen wie Integration, Immigration, Diversität und soziales Engagement geht.
So steht das Engagement von fünf Fußballprofis im Zentrum des Eröffnungsfilms »Les Rebelles du foot«, der von Eric Cantona produziert wurde. Bei der anschließenden Podiumsdiskussion werden der Regisseur des Films, Gilles Rof, Europas Fußballerin des Jahres Célia Sasic, der ehemalige deutsche Nationalspieler Dieter Müller sowie der Fußballfan Daniel Cohn-Bendit eine mutmaßlich interessante Debatte führen.
Insgesamt werden im City Kino acht französische Fußballfilme gezeigt, meist in Originalfassung mit Untertiteln, der Eintritt kostet 6 Euro pro Film. Die weiteren Filme des Festivals laufen im Kino Babylon und im Filmtheater am Friedrichshain.
Ausführlich informiert die Website www.11-mm.de.

»Faulheit« im Silent Green
Im Kulturquartier »Silent green« im ehemaligen Krematorium Wedding findet zwischen dem 18. März und dem 8. Mai die Ausstellung »WHAT THE TORTOISE MURMURS TO ACHILLES« statt. Darin setzen sich unterschiedliche Künstlerinnen und Künstler mit diversen Konzepten von »Faulheit, Zeitökonomie und Produktivität« aus dekolonialen Perspektiven auseinander. Kuratiert wird die Ausstellung vom Team »Savvy Contempory« mit dem künstlerischen Leiter Bonaventure Soh Bejeng Ndikung. Sie ist mittwochs bis sonntags zwischen 14 und 19 Uhr geöffnet, samstags finden um 14 Uhr Führungen statt. Der Eintritt kostet 2 Euro.

Auffallen, aber wie?
Wie können Einzelhändler attraktive Schaufenster gestalten? Ein dreistufiger Workshop der StandortGemeinschaft Müllerstraße e.V. und des Geschäftsstraßenmanagements Müllerstraße führte Anfang März zu konkreten Ergebnissen: Unter Anleitung von Profis gestalteten die Teilnehmer mehrere Ladenfenster des Montessori-Zentrums in der Seestraße 89. Zuvor hatten sie die Grundlagen der Schaufenstergestaltung und Außendarstellung von Geschäften anhand von Beispielen besprochen und konkrete Konzepte entwickelt.

Ch. Eckelt

müller/str

Informationen und Dokumentationen zum Aktiven Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de

- Veranstaltungsorte
- Müllerstraße
- Programmkulisse Aktives Stadtzentrum
- Sanierungsgebietsgrenze

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung: Carsten Spallek
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
baustadtrat@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Amtsleiterin: Frau Laduch, Zimmer 106
(030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9.00–12.00 Uhr, donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße
René Plessow (030) 9018 45409
rene.plessow@ba-mitte.berlin.de
Claudia Jahns (030) 9018 45463
claudia.jahns@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement
Jahn, Mack und Partner
Alt Moabit 73, 10555 Berlin
Karsten Scheffer, Frederik Sommer
(030) 85 75 77 26
muellerstrasse@jahn-mack.de
www.jahn-mack.de

Geschäftsstraßenmanagement
Planergemeinschaft
Lietzenburger Straße 44, 10789 Berlin
(030) 88 59 14-0, (030) 88 59 14 32
Gabriele Isenberg-Holm
g.isenberg@planergemeinschaft.de
Winfried Pichierri
w.pichierri@planergemeinschaft.de
www.planergemeinschaft.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße
Sprecher: Sabine Schmidt, Walter Frey, Peter Arndt
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
Sprechstunde: jeder 1. und 3. Montag im Monat, 18–20 Uhr
(030) 34 39 47 80 (AB), (0174) 701 35 94
menschmueller@stadtteilvertretung.de
www.stadtteilvertretung.de
Wenn Sie per E-Mail Informationen der Stadtteilvertretung erhalten möchten, dann senden Sie eine E-Mail an: mitteilungen@stadtteilvertretung.de

StandortGemeinschaft Müllerstraße
c/o Steuerberatung bpw
Müllerstraße 138b, 13353 Berlin
info@muellerstrasse-wedding.de
www.muellerstrasse-wedding.de

Soziales Platzmanagement Leopoldplatz
Team Leo, Schumannstr. 5, 10117 Berlin
(030) 28 30 23 15
teamleo@gangway.de
Axel Illesch (0172) 202 61 82

Runder Tisch Leopoldplatz
Thomas Haas, Präventionsrat
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
(030) 90 18-325 70

Quartiersmanagement Pankstraße
Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
(030) 74 74 63 47
qm-pank@list-gmbh.de
www.pankstrasse-quartier.de

Quartiersmanagement Sparrplatz
Burgsdorfstraße 13 A, 13353 Berlin
(030) 46 60 61 90
qm-sparrplatz@list-gmbh.de
www.sparrplatz-quartier.de

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
aktive zentren Berlin
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
berlinbaut lebendige Quartiere
be Berlin